

Der Stadtrat hat seiner Sitzung vom 26. August 2008 u.a. folgende Geschäfte behandelt:

Gemeinderat; Sitzung vom 17. September 2008; Tagesordnung: Genehmigung

An der Gemeinderatssitzung vom 17. September 2008 werden nebst einer Ersatzwahl für das Wahlbüro 14 Bürgerrechtsgesuche behandelt. Ebenso ist die Botschaft „Bereinigung der Bestandesrechnung der Stadt Frauenfeld betreffend Zuteilung der Liegenschaften“ traktandiert.

Der Stadtrat heisst die im Einvernehmen mit dem Gemeinderatspräsidenten erstellte Traktandenliste gut.

Stadtverwaltung / Personal; „Brückenbildungen“ im Zusammenhang mit Feier- und Ruhetagen 2009 und an Weihnachten/Neujahr 2009/2010 gemäss Art. 37 des Personalreglements

Gemäss Art. 37 des Personalreglements vom 14. Mai 2002 legt der Stadtrat die sogenannten Brückentage, die sich bei entsprechender kalendarischer Konstellation der Feiertage ergeben, zum Voraus fest.

Die Brückentage über Weihnachten/Neujahr 2008/2009 hat der Stadtrat mit Beschluss Nr. 445 vom 28. August 2007 geregelt. Die Weihnachtsfeiertage fallen auf Donnerstag und Freitag, der Neujahrstag fällt auf einen Donnerstag und der kantonale Ruhetag vom 2. Januar (Berchtoldstag) auf einen Freitag. Aufgrund der kalendarischen Konstellation der Feiertage ergeben sich über Weihnachten/Neujahr keine "Brückentage". Die Büros der Stadtverwaltung bleiben von Mittwoch, 24. Dezember 2008, ab 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 28. Dezember 2008, sowie von Mittwoch, 31. Dezember 2008, ab 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 4. Januar 2009, geschlossen.

Neuregelungen 2009

Der 1. Mai fällt 2009 auf einen Freitag. Somit ergibt sich auch hier aufgrund der kalendarischen Konstellation keinen Brückentag. Die Büros der Stadtverwaltung werden somit vom Donnerstag, 30. April, 18.30 Uhr, bis und mit Sonntag, 3. Mai 2008, geschlossen bleiben.

Gemäss Aufzählung der generell arbeitsfreien und gleichzeitig bezahlten Tage nach Art. 37 des Personalreglements gehört der Freitag nach Auffahrt zu dieser Kategorie. Im Jahr 2009 betrifft dies Freitag, den 22. Mai, weshalb die Büros der Stadtverwaltung am Auffahrts-Wochenende von Mittwoch, 20. Mai 2009, 16.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 24. Mai 2009, geschlossen bleiben.

Der Bundesfeiertag vom 1. August fällt 2009 auf einen Samstag, wodurch sich kein Brückentag ergibt.

An Weihnachten ergibt sich die folgende Konstellation:

- Heiligabend: Donnerstag, 24. Dezember 2009
- Weihnachtstag: Freitag, 25. Dezember 2009
- Stephanstag: Samstag, 26. Dezember 2009

An Weihnachten bieten sich daher keine Brückentage an. Die Büros der Stadtverwaltung bleiben somit von Donnerstag, 24. Dezember 2009, 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 27. Dezember 2009, geschlossen.

Dasselbe wiederholt sich eine Woche später über Silvester/Neujahr 2009/2010; es ergibt sich folgende Konstellation:

- Silvester: Donnerstag, 31. Dezember 2009
- Neujahrstag: Freitag, 1. Januar 2010
- Berchtoldstag: Samstag, 2. Januar 2010

Auch hier lässt die Konstellation der Feiertage keine Brückenbildung zu. Über den Jahreswechsel 2009/2010 bleiben die Büros der Stadtverwaltung von Donnerstag, 31. Dezember 2009, 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 3. Januar 2010, geschlossen.

Im Kalenderjahr 2009 fallen keine Brückentage an. Dies wird sich aber mittelfristig wieder ausgleichen, so dass der Durchschnitt von drei Tagen pro Jahr weiterhin bestehen bleibt.

Aufgrund dieser Erwägungen beschliesst der Stadtrat, dass im Jahre 2009 – nebst dem reglementarischen dienstfreien Tag nach Auffahrt – keine Brückentage gewährt werden. Die Büros der Stadtverwaltung bleiben an der Jahreswende 2009/2010 vom Donnerstag, 24. Dezember 2009, 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 27. Dezember 2009 sowie vom Donnerstag, 31. Dezember 2009, 12.00 Uhr, bis und mit Sonntag, 3. Januar 2010 geschlossen.

Wirtschaftspolizei; Gesuch um Erteilung eines provisorischen Wirtschaftspatents ohne Alkoholausschank für das Restaurant „McDonald's“, Riedstrasse 1, Frauenfeld

Der Stadtrat erteilt Dünnenberger Michael auf den 1. September 2008 ein provisorisches Patent für einen Wirtschaftsbetrieb mit Alkoholausschank zur Führung der Wirtschaft "McDonald's", Riedstrasse 1, 8500 Frauenfeld.

Eidgenössische Einbürgerungsbewilligung

Der Stadtrat teilt dem Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen des Kantons Thurgau zuhanden des Bundesamtes für Migration (BfM) mit, dass er ein Bürgerrechtsgesuch von Ceka Brahim, Produktionsmitarbeiter, geboren am 16. Dezember 1954 in Mazedonien, wohnhaft in Frauenfeld, Thundorferstrasse 102c, dem Gemeinderat zur Annahme empfehlen wird, sobald der Bewerber im Besitze der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung ist und die erforderlichen Akten vorlegen kann.

Gemeinderat Christian Schmid; Einfache Anfrage betreffend „Werbekampagne Erdgas“; Beratung, Verabschiedung

In der Gemeinderatssitzung vom 4. Juni 2008 reichte Gemeinderat Christian Schmid eine Einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat Frauenfeld mit folgendem Wortlaut beim Ratspräsidium ein:

"Seit einigen Monaten läuft eine massive Erdgas-Werbekampagne unter Federführung der Werkbetriebe Frauenfeld. Mit Plakaten und grossflächigen Inseraten in Printmedien wird dabei insbesondere für Erdgas als Benzin- und Dieselerersatz geworben. Die Argumente und Illustrationen betreffend Preisvorteilen und Umweltschutz sind teilweise fragwürdig und irreführend.

Erdgas ist wie Erdöl ein fossiler Brennstoff, der nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Die Preisentwicklung folgt, wenn auch etwas verzögert, derjenigen des Erdöls. Ein deutlicher Anstieg über die letzten Jahre hat bereits stattgefunden. Je mehr Leute auf Erdgas als Fahrzeugtreibstoff umsteigen, umso rascher dürfte sich der noch bestehende Unterschied zum Erdölpreis angleichen. Russland und Iran als Hauptlieferanten in diesem Geschäft bieten zudem ein nicht zu unterschätzendes politisches Risiko.

Erdgasfahrzeuge haben zwar Vorteile betreffend Ausstoss von Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden gegenüber Benzin- und Dieselfahrzeugen. Was den CO₂ Ausstoss betrifft, bringen sie aber nur geringe Einsparungen (15-25%). Von biologisch oder natürlich, wie es auf einigen Plakaten suggeriert wird, kann also keine Rede sein.

Die Hauptsorge der Frauenfelder Bevölkerung ist nach wie vor der übermässige Verkehr, hauptsächlich verursacht durch den motorisierten Ziel-/Quellverkehr. Solche Werbeaktionen helfen sicher nicht, diesen Verkehr zu reduzieren, sie bewirken das Gegenteil. Zudem verlieren sinnvolle Anstrengungen in anderen Bereichen an Wirkungskraft, ich erinnere an die Werbeaktionen für E-Bikes und Stadtbuss.

Ich möchte deshalb vom Stadtrat folgendes wissen:

1. Wie hoch waren die Kosten der laufenden Erdgas-Werbekampagne im Versorgungsraum der Werkbetriebe Frauenfeld für 2007 und wie viel soll im laufenden Jahr ausgegeben werden?
2. Falls Fördergelder beim Kauf eines Erdgasfahrzeuges ausbezahlt werden, wie hoch waren diese insgesamt für 2007 und bis Ende Mai für das laufende Jahr?
3. Wer bezahlt diese Werbekampagne und die Fördergelder?
4. Ist der Stadtrat gewillt, in Zukunft prioritär Werbeaktionen und Fördermassnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs zu unterstützen? "

Auf die verschiedenen Fragen in der Anfrage antwortet der Stadtrat jeweils direkt zu den einzelnen Punkten wie folgt:

Seit einigen Monaten läuft eine massive Erdgas-Werbekampagne unter Federführung der Werkbetriebe Frauenfeld. Mit Plakaten und grossflächigen Inseraten in Printmedien wird dabei insbesondere für Erdgas als Benzin- und Dieselerersatz geworben. Die Argumente und Illustrationen betreffend Preisvorteilen und Umweltschutz sind teilweise fragwürdig und irreführend.

Bei der durch Gemeinderat Christian Schmid angesprochenen Kampagne handelt es sich um ein bereits vor drei Jahren gestartetes, gesamtschweizerisches Informationsprojekt. Das Konzept, die Umsetzung und die Finanzierung der nationalen Kampagne liegt in den Händen der Erdgasmobil AG, welche mit Geldern der regionalen Gasgesellschaften Erdgas Ostschweiz AG (EGO), Gasverbund Mittelland AG (GVM), Gasnat S.A., Erdgas Zentralschweiz AG (EGZ) und dem Schweiz. Verband der Gasindustrie (VSG) mit einem siebenstelligen Betrag gespiesen wird. Über die genauen Zahlen wird in der Öffentlichkeit keine Korrespondenz geführt. Es gilt jedoch festzuhalten, dass die Werkbetriebe Frauenfeld keinen finanziellen Beitrag an die Entwicklung und Umsetzung dieser Kampagne leisten und diese somit auch nicht unter der Federführung der Werkbetriebe Frauenfeld läuft.

Die Argumente betreffend Preisvorteil und Umweltschutz beruhen auf fundierten Untersuchungen und sind wissenschaftlich erhärtet. Dank der grossen Anstrengungen für die weitere Einspeisung von Biogas (Biomethan) ist auch der Ansatz des Umweltschutzes unbestritten und durch die zuständigen behördlichen Fachstellen bestätigt. Jüngstes Beispiel des Bekenntnisses zu Erdgas als Treibstoff ist die vom Bund ab dem 1. Juli 2008 in Kraft gesetzte Treibstoffzollreduktion.

Entsprechende Studien können unter www.empa.ch (***Ökobilanz von Energieprodukten: Ökologische Bewertung von Biotreibstoffen***) heruntergeladen werden.

Erdgas ist wie Erdöl ein fossiler Brennstoff, der nicht unbegrenzt zur Verfügung steht. Die Preisentwicklung folgt, wenn auch etwas verzögert, derjenigen des Erdöls. Ein deutlicher Anstieg über die letzten Jahre hat bereits stattgefunden. Je mehr Leute auf Erdgas als Fahrzeugtreibstoff umsteigen, umso rascher dürfte sich der noch bestehende Unterschied zum Erdölpreis angleichen. Russland und Iran als Hauptlieferanten in diesem Geschäft bieten zudem ein nicht zu unterschätzendes politisches Risiko.

Richtig ist, dass Erdgas ein fossiler Brennstoff ist, der, wie Erdöl auch, endlich ist. Entsprechend intensiv fördert die schweizerische Erdgaswirtschaft die Biogasproduktion. Dies mit dem Resultat, dass in den letzten Jahren vermehrt das nahezu CO₂-neutrale Biogas ins Erdgasnetz eingespiesen wurde. Darüber hinaus besteht eine Vereinbarung mit der Vereinigung „Biomasse Schweiz“, wonach mindestens 10% Biogas an der Erdgastankstelle zur Verfügung stehen muss. In den letzten Jahren wurde diese Marke jeweils stark übertroffen.

Die Werkbetriebe Frauenfeld bauen eine lokale Biogasaufbereitungsanlage auf dem Areal der ARA Frauenfeld (Botschaft Nr. 32 vom 23. Oktober 2007). Ausserdem wird zurzeit zusammen mit der Stadt Winterthur ein Vorprojekt erstellt mit dem Ziel, das Grüngut der Region Frauenfeld sowie weiteren Partnern aufzubereiten und ins lokale Erdgasnetz in Winterthur einzuspeisen. Der ökologische Mehrwert des Anteils Frauenfeld soll der Stadt Frauenfeld angerechnet werden. Ein drittes, privates Projekt an welchem die Werkbetriebe beteiligt sind, die Rede ist vom "Thurhof" in Mettendorf, ist aktuell aus verschiedenen Gründen sistiert. Die Investoren wollen das Projekt aber verwirklichen.

Nicht korrekt sind die Aussagen zur Preisentwicklung. Zwar besteht beim Rohöl und beim Erdgas eine Preisbindung. Im Gegensatz zu Erdöl aber, das über Land transportiert wird, sind in der

Erdgasbeschaffung nebst dem Produktpreis vor allem die Leitungskapazitäten sowie die langfristige Sicherung der Versorgung wichtige Preis bildende Faktoren. Entsprechende Preiszusammenhänge wie sie in der Anfrage dargestellt werden, sind daher unrichtig.

Ebenfalls unzutreffend ist, dass Russland und Iran Hauptlieferanten seien. Das in der Schweiz benötigte Erdgas stammt zu 75% aus der EU und Norwegen. Aus Russland hingegen stammen lediglich knapp 20%. Die Erdgas Ostschweiz AG (EGO), an welcher die Werkbetriebe beteiligt sind, hat keine direkten Lieferverträge mit Russland.

Aus Iran wird gar kein Erdgas für die Erdgasversorgung der Schweiz bezogen. Das Erdgas, welches künftig aus dem Iran, dem mittleren Osten und vom kaspischen Meer nach Oberitalien gelangt, wird durch die Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg (EGL, 100% Handelstochter der Axpo AG) für Gaskombikraftwerke eingesetzt. Dabei geht es jährlich um 5,5 Milliarden Kubikmetern Gas ab 2011 für die nächsten 25 Jahre.

Zur Aussage, wonach die Preisangleichung zwischen Erdgas und Erdöl in direktem Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Konsumenten, die auf Erdgas als Treibstoff umsteigen, gestellt werden könne, ist Folgendes festzuhalten: Selbstverständlich ist es unbestritten, dass sich die Preise nicht zuletzt auch aufgrund der Nachfrage entwickeln können. Indes ist die gerade eben erst in Kraft gesetzte Treibstoffzollreduktion auf Erdgas ein gutes Beispiel dafür, dass die Behörden nicht zuletzt aus Rücksicht auf unsere Umwelt korrigierend einwirken – und dies auch tun. Unter dem Aspekt des Umweltschutzes können im Übrigen gar nicht genug Autofahrerinnen und Autofahrer auf erdgasbetriebene Fahrzeuge umsteigen.

Erdgasfahrzeuge haben zwar Vorteile betreffend Ausstoss von Kohlenwasserstoffen und Stickoxiden gegenüber Benzin- und Dieselfahrzeugen. Was den CO₂ Ausstoss betrifft, bringen sie aber nur geringe Einsparungen (15-25%). Von biologisch oder natürlich, wie es auf einigen Plakaten suggeriert wird, kann also keine Rede sein.

Die Hauptsorge der Frauenfelder Bevölkerung ist nach wie vor der übermässige Verkehr, hauptsächlich verursacht durch den motorisierten Ziel-/Quellverkehr. Solche Werbeaktionen helfen sicher nicht, diesen Verkehr zu reduzieren, sie bewirken das Gegenteil. Zudem verlieren sinnvolle Anstrengungen in anderen Bereichen an Wirkungskraft, ich erinnere an die Werbeaktionen für E-Bikes und Stadtbus.

In Zeiten hoher Mobilität erreichen die verkehrsbedingten Emissionen, insbesondere in städtischen Agglomerationen, Belastungswerte, die die Grenzen des Tolerierbaren erreichen, wenn nicht gar überschreiten. Gegenwärtig bietet sich Erdgas als effizientes und wirtschaftlich sinnvolle Lösung an. Aufgrund seiner Eigenschaften birgt Erdgas nachweislich ein hohes umweltschonendes Potential in sich und trägt so unter anderem auch im mobilen Bereich zur Reduktion von Russ-, Stickoxid-, CO₂- und Kohlenwasserstoff-Belastungen bei. Erdgasbetriebene Fahrzeuge geben 60 - 95% weniger Schadstoffe an die Umwelt ab als dies bei Benzin- und Dieselfahrzeugen der Fall ist. Wenn beispielsweise rund 300'000 Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Erdgasfahrzeuge abgelöst würden, liesse sich das für das Jahr 2010 festgesetzte Ziel der Schweizer Klimapolitik erreichen (Quelle: www.erdgasfahren.ch). Nicht zuletzt aus der Erkenntnis dieser positiven Umweltaspekte hat der Kanton St. Gallen alle Erdgasfahrzeuge für drei Jah-

re von der Motorfahrzeugsteuer befreit. Diverse weitere Kantone gewähren Steuervergünstigungen.

Die Erfahrung zeigt, dass pauschale Verzichtsaufrufe immer wieder untauglich sind, um eine Wende herbeizuführen - gefragt sind mehrheitsfähige, vernünftige, pragmatische Lösungen, welche schnelle und effiziente Wirkung zeigen. Solche Massnahmen gilt es umzusetzen. Und hier bietet Erdgas eine wirksame und sinnvolle Alternative. Diese Argumente führen dazu, dass sich die schweizerische Erdgaswirtschaft sehr für das Thema Erdgasfahren engagiert und ihre lokalen Partner wie beispielsweise die Werkbetriebe Frauenfeld bei entsprechenden Umsetzungen finanziell und tatkräftig unterstützt.

Entsprechende Informationen und Studien können unter www.erdgasfahren.ch (**hohes Umweltpotential und Schweizer Klimapolitik**) und www.erdgas.ch (**Publikationen**) heruntergeladen werden.

Stellungnahme des Stadtrates zu den gestellten Fragen

Aufgrund der in der ausführlichen Einleitung geschilderten Fakten beantwortet der Stadtrat die Fragen von Gemeinderat Christian Schmid wie folgt:

Zu Frage 1

Wie hoch waren die Kosten der laufenden Erdgas-Werbekampagne im Versorgungsraum der Werkbetriebe Frauenfeld für 2007 und wie viel soll im laufenden Jahr ausgegeben werden?

Wie bereits einleitend festgehalten, handelt es sich bei der von Gemeinderat Schmid erwähnten Werbekampagne um eine gesamtschweizerische Aktion des nationalen Verbandes. Die Werkbetriebe haben keinen direkten finanziellen Beitrag an die Entwicklung und Umsetzung dieser Kampagne geleistet.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass die Kosten der Werkbetriebe Frauenfeld für die Förderung von Erdgasfahren ausserhalb dieser Kampagne mittels Flyern, Inseraten in lokalen und Vereinsmedien im Jahr 2007 rund 27'500 Franken betragen. Für 2008 sind 25'000 Franken budgetiert.

Zu Frage 2

Falls Fördergelder beim Kauf eines Erdgasfahrzeuges ausbezahlt werden, wie hoch waren diese insgesamt für 2007 und bis Ende Mai für das laufende Jahr?

Im 2007 wurden durch die Werkbetriebe Frauenfeld 84'000 Franken an Fördergeldern ausbezahlt. Die EGO (Erdgas Ostschweiz) erstattete rund 36'000 Franken an die Werkbetriebe Frauenfeld zurück, hinzu kamen von der Regionalwerbung Thurgau 5'800 Franken.

Bis Ende Mai 2008 wurde der Kauf von vier Erdgasfahrzeugen mit 4'000 Franken unterstützt. Davon erhalten die Werkbetriebe Frauenfeld von der EGO 2'000 Franken zurück.

Zu Frage 3

Wer bezahlt diese Werbekampagne und die Fördergelder?

Die nationale Werbekampagne wird durch die Gasmobil AG, durch Regionalgesellschaften und durch den Schweizerischen Verein des Gasfaches getragen.

Der Förderbeitrag der Werkbetriebe beim Kauf eines Erdgasfahrzeuges beträgt 1'000 Franken pro Fahrzeug. Für jedes verkaufte Erdgasfahrzeug erhalten die Werkbetriebe Frauenfeld im Jahre 2008 von der EGO 500 Franken pro Fahrzeug zurück.

Zu Frage 4

Ist der Stadtrat gewillt, in Zukunft prioritär Werbeaktionen und Fördermassnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs zu unterstützen?

Ein Ausspielen von Individualverkehr gegen Öffentlichen Verkehr bringt für den Stadtrat unter dem Strich keine Gewinner und kostet Unsummen. Das Verkehrsregime der Stadt Frauenfeld ist ausgewogen und setzt diverse Lenkungsmaßnahmen des Öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs um. Im Energierichtplan sind zudem weitere konkrete Massnahmen aufgeführt. Der Stadtrat unterstützt den Öffentlichen Verkehr schon heute in erheblichem Umfang. Das Werbebudget für den Stadtbuss beträgt jährlich allein 36'000 Franken, der Subventionsanteil an den Stadtbuss durchschnittlich 1'270'000 Franken jährlich. Die Beiträge der Stadt an den öffentlichen regionalen Personenverkehr belaufen sich auf rund 451'000 Franken jährlich (Tendenz steigend). Über die Subventionierung von vergünstigten Stadtbuss- bzw. OTV-Billetts und – Abonnementen hat der Gemeinderat erst kürzlich beraten. Im Weiteren offeriert die Stadt der Bevölkerung 10 Tageskarten Gemeinden zu einem günstigen Preis. Zu erinnern ist auch an die Werbeaktionen für Elektro-Velos oder die Aktion „In die Stadt ohne mein Auto“.

Vor diesem Hintergrund hält der Stadtrat an seiner bewährten Werbestrategie für den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr und das Fahren mit Erdgas fest.

Arbeitsvergebungen Alterszentrum Park; Projekt Parksiedlung Talacker

Erste Tranche:

Räumungen und Aushub	ARGE Trachsel/Müller/Geiges, Frauenfeld
Wege und Plätze	Cellere AG, Frauenfeld
Gartenarbeiten	Rüttimann Gartenbau GmbH, Weinfeld
Heizungsanlagen	Axima AG, Frauenfeld
Sanitäranlagen	Schäfli & Dieterich AG, Frauenfeld
Baumeisterarbeiten	ARGE Stutz/Wild/Herzog, Frauenfeld
Elektroinstallationen	ARGE Habersaat/Gehring/Müller, Frauenfeld
Holzsnitzelanlage, Wege und Plätze	Cellere AG, Frauenfeld

Gemeinderat Andreas Jäger; Einfache Anfrage betreffend „Wirtschaftsförderung Stadt Frauenfeld“; Zuweisung zur Beantwortung

An der Gemeinderatssitzung vom 20. August 2008 reichte Gemeinderat Andreas Jäger eine Einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglementes für den Gemeinderat mit folgendem Wortlaut ein:

"Einfache Anfrage „Wirtschaftsförderung Stadt Frauenfeld“

Frauenfeld hat den Ruf, einer wirtschaftsfreundlichen, flexiblen Stadt. Einer Stadt die das Unmögliche möglich macht. Im Zusammenhang mit meiner beruflichen Tätigkeit erhalte ich diesbezüglich regelmässig sehr viele erfreuliche Rückmeldungen. Stellvertretend für alle erfolgreichen Abschlüsse nenne ich einmal mehr das Paketpostzentrum, darauf sind wir besonders stolz.

Wie viel man unternehmen muss, bis man einen guten Ruf hat, das wissen wir alle. Wie schnell man einen guten Ruf verliert, das wissen wir auch.

In letzter Zeit vernehme ich einige kritische Stimmen betreffend Wirtschaftsfreundlichkeit.

Das geplante Lastwagenverbot ist wohl eine kleine Entlastung der Vorstadt – die Anliegen der Vorstadt verstehe ich sehr wohl – , es geht aber zu Lasten des Transportgewerbes, welche notabene diese Strassen auch zu einem grossen Teil bezahlt. Vor allem ist es keine Gesamtlösung, sondern wir verlagern das Problem Richtung Rathaus, Bahnhofstrasse. Wenn wir dann aber auch dort ein Fahrverbot errichten, mutieren wir definitiv zur wirtschaftsunfreundlichen Stadt. Unsere Stadt braucht eine zusätzliche Entlastungsstrasse.

Weiter planen wir im Osten, gleichzeitig blockieren wir aber auch im Osten und somit geben wir auch da keine wirtschaftsfreundlichen Signale ab. Eine möglichst rasche Aufhebung der Planungszone ist dringend notwendig.

Eine wirtschaftsfreundliche Stadt schafft die Basis für neue Arbeitsplätze, neue Existenzen, die Lebensader für eine pulsierende, zukunftssträchtige Stadt.

Fragen an den Stadtrat:

1. Was unternimmt die Stadt konkret, aktuell, um unsere Wirtschaftsfreundlichkeit zu fördern, unser guter Ruf der flexiblen Stadt mit der Erwartung, unmögliches möglich zu machen weiter zu behalten?
2. Wie unterstützt die Stadt Neuansiedelungen von Firmen, geplante Bauprojekte mit wirtschaftlichem Potential?
3. Wie konkret unterstützt die Stadt bestehende, langjährige Unternehmen?
4. Ist die Stadt bereit, durch die Schaffung von mehr Verkehrsflächen für den individuellen wie für den öffentlichen Verkehr (insbesondere im Osten der Stadt) die Entwicklung zu fördern, das sich bietende Potential zu nutzen? 1)

1) Diese Frage zielt nicht auf mögliche Einkaufszentren sondern die generelle Nutzung von wirtschaftlichem Potential für das Gewerbe und die Industrie und damit verbundenen potentiellen Arbeitsplätzen, kann aber auch Einkaufsmöglichkeiten beinhalten."

Der Stadtrat nimmt die Einfache Anfrage Jäger zur Beantwortung entgegen und beauftragt mit der Ausarbeitung eines Entwurfs die Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen.

Gemeinderat Jörg Regli; Einfache Anfrage betreffend „Kauf Stadtkaserne“; Zuweisung zur Beantwortung

An der Gemeinderatssitzung vom 20. August 2008 reichte Gemeinderat Jörg Regli eine Einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglementes für den Gemeinderat mit folgendem Wortlaut ein:

"Mit dem Spatenstich vor 25 Jahren, am 3. Mai 1983, wurden die Weichen für die Verlegung der militärischen Ausbildung aus der Stadt ins Auenfeld gestellt. In den jeweiligen Baubotschaften an das Eidg. Parlament, weitere Ausbautappen folgten in den Jahren 1995-1997 / 1996-1998 / 1998-1999 und 1999-2000, wurde jeweils darauf hingewiesen, dass die Liegenschaft Stadtkaserne nicht mehr benötigt und verkauft werde. Entsprechende Schätzungen über einen in Aussicht gestellten Verkauf liegen vor. Bereits mit dem Projekt Bahnhof 2000 wurden verschiedene Gebäulichkeiten durch den Kanton bzw. die Stadt käuflich erworben. Mit der Bürgergemeinde fand zudem ein Landtausch statt; Oberes Mätteli - gegen Land im Auenfeld für allfällige Erweiterungsbauten. In den Finanzplänen der Stadt ist ein allfälliger Kauf der Stadtkaserne jeweils unter "Pro Memoria" aufgeführt.

Nachdem sich die Artillerie aus unserer Stadt verabschiedet hat und in Zukunft vermehrt WK Truppen im Auenfeld ihren Dienst leisten, dürften die Tage der Stadtkaserne gezählt sein.

Ein allfälliger Kauf der Stadtkaserne ist von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung an bester Verkehrslage. Deshalb frage ich den Stadtrat an wie weit fortgeschritten die Kaufsverhandlungen über die Liegenschaft Stadtkaserne mit den zuständigen Bundesstellen sind."

Der Stadtrat nimmt die Einfache Anfrage Regli zur Beantwortung entgegen und beauftragt mit der Ausarbeitung eines Entwurfs die Abteilung Zentralverwaltung und Finanzen.